

EINWOHNERRAT

Protokoll

Der 16. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 12. Dezember 2013
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18:00 – 20.30 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Andreas Bammatter, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff
Franz Vogt

Gemeindeverwaltung: Gertrud Schaub, Gemeindeverwalterin a.i.
Nils Wicki, Volontär

Gäste:

Entschuldigt: Philippe Adam, Rolf Adam, Armin Bieri, Markus Gruber, Beatrice Hecklin, Simon Maurer, Lukas Mussler, Roland Naef, Beatrice Stierli

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 28 Anwesende = 19
18.05 Uhr 29 Anwesende = 20
18.10 Uhr 30 Anwesende = 20
18.40 Uhr 31 Anwesende = 21

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2013 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 14.11.2013, **zur Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2014 – 2018**
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4150 / A
 2. Bericht des Gemeinderates vom 11.09.2013 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 14.11.2013, **zum Budget 2014 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung der Gemeindesteuern und der Feuerwehersatzabgabe für das Jahr 2014** Geschäft 4149 / A
-

2.1.0 EINTRETENSDEBATTE

- 2.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 20.11.2013 und Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 14.11.2013, zu den Budgetpostulaten Geschäft 4149B / C
- 2.1.2 Budgetpostulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, betreffend Erhöhung des Projekts für die Gestaltung Lindenplatz bzw. Haltestelle Kirche um 50'000.00 CHF, Konto 3420-3131 Geschäft 4149B.1
- 2.1.3 Budgetpostulat von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, betreffend Kinder- und Erwachsenenschutz KESB, Kürzung der Beiträge um 184'000.00 CHF, Konto 1401-3612 Geschäft 4149B.2
- 2.1.4 Budgetpostulat von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, betreffend Kürzung Sozialhilfe an Private um 2'000'000.00 CHF, Konto 5720-3637 Geschäft 4149B.3
- 2.1.5 Budgetpostulat von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend Agglomerationsverkehr, Streichung des Postens Planungen und Projektleitungen Dritter, Konto 6230-3131 Geschäft 4149B.4
- 2.1.6 Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat und Lukas Mussler, BDP und GLP, betreffend Aufwandsüberschuss um 1'000'000.00 CHF kürzen Geschäft 4149B.5
- ## 2.2 DETAILBERATUNG
- 2.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse
- 2.2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern 2014
- 2.2.3 Budgetpostulat von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend Erhöhung Steuerfuss auf 59,5 % für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen Geschäft 4149B.6
- 2.2.4 Festsetzung der Feuerwehersatzabgabe 2014
3. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen**, anstelle des zurückgetretenen Franz Vogt, CVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4160
4. Wahl eines Mitgliedes in die **Umweltkommission**, anstelle des zurückgetretenen Franz Vogt, CVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4161
5. Zwischenbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 19.11.2013, betreffend **die Personalwechsel in der Gemeindeverwaltung**
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Geschäft 4162
6. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 19.11.2013, betreffend **Nachtragskredit für vormundschaftliche Massnahme**
Geschäftsvertretung: GPK-Vizepräsident Geschäft 4102A
7. Postulat von Julia Gosteli, Patrick Lautenschlager und Rita Urscheler, Grüne, vom 18.04.2012, betreffend **Neuerwerbungen von Maschinen und Geräten**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 4069
-

8. Postulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 20.03.2013, betreffend **Bedürfnis- und Umsetzungsabklärung im Bereich Palliativmedizin bzw. Palliative Care in der Gemeinde Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4132
9. Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 22.04.2013, betreffend **Wohnen für alle – Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4137
10. Postulat von Franz Vogt, Evelyne Roth, Kurt Kneier, Philippe Hofmann, Rolf Adam, Philippe Adam, Stephan Wolf und Peter Brack, CVP-Fraktion, vom 22.05.2013, betreffend **Veloweg Oberwilerstrasse Langholz bis Allschwil Dorf**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4143
11. Postulat von Ruedy Breitenstein und Christoph Benz, Grüne, vom 13.06.2013, betreffend **Ergänzung der Bänke beim Allschwiler Weiher**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4144

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 16 vom 12. Dezember 2013

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Andreas Bammatter

Andreas Bammatter, Präsident: Ich begrüße Sie zur weihnächtlichsten Sitzung dieses Jahres und hoffe, dass wir uns allen ein Weihnachtsgeschenk machen und mit der Traktandenliste vorwärts kommen.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Ich habe zwei Anmeldungen für ein persönliches Statement, wir machen das alphabetisch. Und danach haben wir noch ein dringliches Postulat.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Mir ist es ein Anliegen kurz auf unsere Budgetdebatte zurückzukommen, nicht, was den Inhalt anbelangt, das Budget ist unter Dach und Fach, sondern was den Ton und Stil, wie wir miteinander gerungen haben, anbelangt. Sich gegenseitig Verantwortungslosigkeit vorzuwerfen, finde ich einen heftigen Vorwurf. Und zwar weil ich allen hier drin zugestehe, dass sie sich Gedanken gemacht haben zu diesem Budget, aber nicht zum gleichen Schluss gekommen sind. Zudem ist Verantwortung etwas, was sich nicht klar definieren lässt. Man kann nicht sagen, bis hier ist es verantwortungsbewusst und ab da ist es verantwortungslos. Was ich persönlich auch gar nicht goutiert habe, als der Gemeinderat das Budget verteidigt hat, das er ausgearbeitet hat, dass er sich nicht darauf beschränkt hat, die Konsequenzen einer Ablehnung zu sagen, sondern relativ schnell zu Drohungen übergegangen ist. Auch solche Drohungen, welche gar nicht eingetreten wären, wenn wir das Budget abgelehnt hätten. Da wünsche ich mir, dass auch von Seiten unserer Regierung ein ruhigerer und sachlicherer Ton kommt. Ich habe den Respekt des Gemeinderates gegenüber uns Einwohnerräten vermisst. Emotionen gehören in die Politik, aber es hat Grenzen. Ich wünsche mir, dass wir bei weiteren Sachgeschäften, wo die Meinungen relativ fest auseinander gehen, schauen, dass wir den Ball ein bisschen flacher halten können.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Danke Jean-Claude, etwa dies wollte ich auch sagen. Ich möchte es auch noch so sagen, wie ich das wollte. Zuerst etwas an Einwohnerratspräsident Andi. Zweimal wurde am Dienstag ein Time-out verlangt und die Rednerliste wurde nicht mehr abgearbeitet. Man darf ein Time-out machen, aber eigentlich ist es so, dass man zuerst einen Antrag auf Diskussionsabbruch stellt. Wenn dieser angenommen wird, dann wird niemand mehr auf die Rednerliste genommen. Dann wird die Rednerliste abgearbeitet, und dann kann man ein Time-out verlangen. Aber davor dürften alle noch reden, die auf der Liste standen. Man kann nicht sagen, dass man ein Time-out macht und danach hat jede Fraktion nur noch ein Votum. Das ist nicht sauber, ich bitte darum, dass wir dies zukünftig anders handhaben. Das andere ist die Art und Weise, wie sich der Gemeinderat benommen hat. Mich hat das gestört. Ich bin nach Hause gegangen und dachte, dass man das nicht so stehen lassen kann.

Zur Genehmigung des Budgets. Eigentlich war es am Dienstag eine grosse Ohrfeige für den Gemeinderat und kein Grund für Jubel und Gelächter. Sie ist leider nicht da, aber die Kollegen werden es ihr dann sagen. Was Frau Nüssli hier geboten hat, finde ich nicht würdig für eine Gemeinderatspräsidentin, solche Äusserungen. Ich bin entweder der Simon oder der Herr Zimmermann. Aber nicht: „Du Zimmermann, wir haben dann schon Recht...“. Das gehört sich nicht, sorry. Da ist eine Entschuldigung das mindeste, was man bringen kann. Das ist nicht mein Wunsch, sondern das haben mir Leute zugetragen hier drin. Der Gemeinderat ist ein Informationsgremium hier drin und hat weder eine Opposition zu übernehmen, noch ein parteipolitisches Ziel zu verfolgen. Er hat Auskunft zu geben und dann ist Feierabend. Es werden keine Androhungen ausgesprochen und auch keine Sachen, die nicht stimmen. Das finde ich nicht sauber. Diejenigen, die das geäußert haben, haben sogar einen juristischen Hintergrund. Das erstaunt mich doppelt und ist doppelt falsch. Wenn jemand einen juristischen Hintergrund hat, und nicht weiss, was man machen muss und die Gewaltentrennung nicht einhält, dann finde ich das schade. Ich hoffe, dass es in Zukunft anderes zu- und hergeht. Der Gemeinderat soll sich auf den Informationsfluss beschränken und bei allem anderen soll er sich zurückhalten, und auch nicht lachen und jubeln. Das war eine kräftige Ohrfeige. Eine Stimme Differenz und das Budget wäre nicht hier gewesen, da gibt es nichts zu jubeln. Alle sieben dort vorne haben gejubelt. Das geht nicht, das ist eine Beschneidung von uns Einwohnerräten und ein Lächerlichmachen von uns Einwohnerräten. Das geht nicht und das akzeptiere ich nicht. Das ist bitte das letzte Mal gewesen und jetzt habe ich geschlossen.

Andreas Bammatter, Präsident: Sie haben es heute Morgen per Mail gesehen. Wir haben heute ein dringliches Postulat von Ueli Keller eingereicht erhalten. Gemäss Einwohnerratsreglement Paragraph 39, Postulate, kann der Einwohnerrat den Gemeinderat mit einem Postulat entweder verpflichten, einen nicht in der Beratung stehenden Gegenstand zu prüfen und dem Rat darüber zu berichten, und eventuell einen Antrag stellen. Wir nennen das normalerweise "prüfen und berichten". Oder er kann den Gemeinderat zu einem bestimmten Vorgehen oder Verhalten im gemeinderätlichen Kompetenzbereich einladen. Bevor das Büro die Ablehnung dieses Vorstosses begründet, möchte ich Herrn Keller das Wort erteilen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich finde es schade, dass es so projiziert ist, dass man es nicht lesen kann. Ich hätte mir gewünscht, und so habe ich es Herrn Krebs nachgeliefert, weil Frau Müller nicht da war, dass es auf dem Tisch liegt, damit man es lesen kann. Ich bin mir bewusst, dass es formal rechtlich gesehen schwierig ist, dies zu beschliessen, nicht die Dringlichkeit, sondern das Geschäft an und für sich. Es liegt ein Volksentscheid vor, der dieses Schulhaus mit 54% der Stimmenden angenommen hat. Ich meine aber, dass die Situation derart ernst ist, dass auch das Volk es verstehen würde, wenn wir nicht die CHF 70'000'000, wie es zur Abstimmung vorgelegt wurde, ausnutzen würden. Man könnte dies so begründen, wie ich es dem Gemeinderat empfehlen würde, ich lese es vor, weil man es nicht lesen kann: Der Gemeinderat informiert die Allschwiler Bevölkerung über diese Kostenreduktion mit der Begründung, dass sie erfolgt, um eine untragbar grosse Verschuldung der Gemeinde mit unerwünschten Nebenwirkungen, (zum Beispiel Verlust von Liquidität für künftig existentiell wichtige Aufgaben oder langandauernde massiven Steuererhöhungen) zu vermeiden". Es wäre statthaft, auf dieser Grundlage der Ernsthaftigkeit der Finanzlage der Gemeinde dies so zu beschliessen. Die zweite Begründung lese ich auch noch vor. Man müsste die Bevölkerung informieren, dass und weshalb mit den CHF 10'000'000 die Qualität des Schulhauses Gartenhof nicht beeinträchtigt wird. Ich sage Ihnen, weshalb ich zu diesem Schluss komme. Sie wissen, dass ich pensioniert bin, ich bin freischaffend. Und als Freischaffender und ehrenamtlich Arbeitender organisiere ich zum Beispiel Exkursionen zu Schulbauten in ganz Europa. Ich habe ungefähr 100 Schulen kennengelernt in den letzten zwei Jahren, auch in der Schweiz, und ich kann Preise und Leistungsmöglichkeiten vergleichen. Auf diesem Hintergrund muss ich sagen, dass das Allschwiler Schulhaus auch mit CHF 10'000'000 weniger immer noch ein sehr gutes und recht dotiertes Schulhaus. Es wäre ein räumlich und finanziell gesehen sehr gutes Schulhaus. Ich weiss nicht, wie das Verfahren weitergeht. Ich könnte es bei den einzelnen Punkten problemlos mit stündigen Referaten belegen. Das mache ich sicher nicht. Ich würde zu jedem einzelnen Punkt noch eine Begründung nachliefern. Darf ich das noch machen?

Andreas Bammatter, Präsident: Herr Keller, ich bitte Sie darauf zu verzichten. Sie haben dies bereits schon einmal, als ich noch Vizepräsident war, hier in der Debatte relativ ausführlich gemacht. Ich erlaube mir zu begründen, weshalb wir diesen Vorstoss nicht weiter behandeln können. Im vorliegenden dringlichen Postulat von Ueli Keller verlangt Herr Keller vom Gemeinderat, dass für das Schulhaus Gartenhof eine Kostenreduktion von mindestens CHF 10'000'000 vorzunehmen sei. Das heisst, er lädt den Gemeinderat nicht nur zum Handeln ein, sondern der Gemeinderat soll verpflichtend Handeln vornehmen, nämlich die CHF 10'000'000 sparen. Damit wird dieses Bauprojekt um diesen Betrag gekürzt. Das geht nicht mit einem Postulat. Das Postulat ist, so wie es jetzt eingereicht wurde, klar unzulässig. Zudem haben wir im Einwohnerrat die Ausgaben für den Neubau des Schulhauses Gartenhof bereits bewilligt und auch das Volk hat diesen Ausgaben zugestimmt. Eine Kürzung der Investition und damit eine Änderung des Bauprojekts widersprechen dem Volkswillen. Somit liegt die Ausgabenkürzung nicht mehr im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Auch aus diesem Grund ist das Postulat nicht zulässig. Was das Volk bestimmt hat, kann nur das Volk wieder ändern, ansonsten könnten wir hier drin jeweils mit 21 Stimmen einen Volksentscheid innerhalb einer kurzen Zeit rückgängig machen. Historisch erwähne ich nochmals, was wir am 20. März 2013 hier drin beschlossen haben: Der Verpflichtungskredit von brutto CHF 69'600'000 inkl. Mehrwertsteuer für den Neubau der Schulanlage Gartenhof und den Landverkauf der Parzellen A100 und A103 Allschwil sowie von der Sportplatzenerweiterung im Brühl wird mit 27 zu 9 Stimmen bei 0 Enthaltungen bewilligt. Am 9. Juni 2013 haben sich die Allschwiler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger deutlich für den Bau der Primarschule Gartenhof und der damit verbundenen Sportplatzenerweiterung im Brühl ausgesprochen. Es waren 55,6% der Urnengänger, 3159 haben dieser Vorlage zugestimmt. 44%, nämlich 2350 Personen, haben ein nein eingelegt. Die Stimmbeteiligung lag bei 43,9%. Mit dem ja zu diesem Projekt "Unser neues Schulhaus" hat der Allschwiler Souverän die Empfehlungen des Einwohnerrates und des Gemeinderates bestätigt. Wenn jetzt keine Änderungen da sind, und bis jetzt weiss ich von nichts, dann sehe ich keinen Anlass, um hier nochmals zu debattieren. Das Projekt ist aufgegleist, wir wissen, was wir erhalten für das Geld und wir wissen, wie viel es kostet. Wir haben es im Büro noch kurz

besprochen. Das Büro und auch die Juristen der Gemeinde sind der Meinung, dass aus diesen Gründen dieses Postulat nicht zulässig ist. Es wäre schön, Herr Keller, wenn Sie es aus diesen Gründen zurückziehen könnten.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Sie haben Recht. Ich möchte aber trotzdem noch gerne zu den vier Punkten, welche ich im Postulat eingefügt habe, etwas sagen, damit man sieht, wie unsinnig dieser Luxus ist.

Andreas Bammatter, Präsident: Ich erinnere Sie nochmals daran, dass Sie dies bei der Debatte ausführlich gemacht haben. Ich glaube Ihnen, dass Sie davon überzeugt sind. Wir haben es anders beschlossen und das Volk auch. Ich muss sie leider hier jetzt abklemmen. Sie haben das Postulat zurückgezogen und ich danke Ihnen dafür. Sind Sie damit einverstanden?

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Dann ziehe ich es jetzt offiziell zurück, vorhin habe ich das noch nicht gemacht.

Andreas Bammatter, Präsident: Dann bedanke ich mich nochmals.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, anstelle des zurückgetretenen Franz Vogt, CVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4160

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es Wahlvorschläge?

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion schlägt Ihnen Peter Brack vor.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es Gegenanträge? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit ist Herr Brack gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Wahl eines Mitgliedes in die Umweltkommission, anstelle des zurückgetretenen Franz Vogt, CVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4161

Andreas Bammatter, Präsident: Ich bitte um Wahlvorschläge.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Auch hier schlägt die CVP-Fraktion Peter Brack vor.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit ist Peter Brack gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Zwischenbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 19.11.2013,
betreffend die Personalwechsel in der Gemeindeverwaltung
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident, Geschäft 4162

Jean-Claude Bourgnon, GPK-Präsident: Als wir uns hier über die Personalwechsel hier drin unterhalten haben, habe ich seitens GPK gesagt, dass wir uns bereits damit beschäftigt haben. Wir haben im Laufe der Arbeit gemerkt, dass es sehr wünschbar ist, einen formulierten Auftrag zu haben, im Wissen, dass wir dies als GPK grundsätzlich nicht brauchen. Wir möchten Fakten anschauen. Es kann nicht Sache der GPK sein, Mutmassungen anzustellen oder sogar aus der Hüfte zu schiessen. Darum haben wir uns auf diese vier Bereiche, welche wir Ihnen im Antrag vorschlagen, geeinigt. Innerhalb der GPK verstehen wir unsere Arbeit als faktenbasierte und nüchterne Arbeit. Wir werden uns auf diese vier Bereiche vertiefen. Wichtig ist uns auch der zeitliche Rahmen. Ich denke, es ist nicht interessant, wenn wir irgendwann Mitte 2015 damit kommen, sondern wir sollten es innert nützlicher Frist tun, und unsere Ressourcen sind endlich. Ich schlage kurz eine Brücke zum nächsten Traktandum, welches Ihnen Philippe Hofmann vorstellen wird, dann sehen Sie, was den Bereich Kompetenzen angeht, dass es hier gewisse Querverbindungen gibt von diesem Bericht 4162 zu Bericht 4102. Dies ein Indiz, dass wir mit unserer Auswahl vermutlich richtig lagen.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Die GLP/BDP-Fraktion hat diesen Bericht mit Interesse gelesen. Auch wir sind der Meinung, dass die hohe Kündigungsrate auf der Gemeinde Allschwil zeigt, dass irgendetwas im Personalbereich nicht zum Besten stand. Vielleicht sind die Probleme ja mittlerweile gelöst. Wir begrüßen es, dass sich die GPK mit dem Thema auseinandergesetzt hat. Mir persönlich ist nicht ganz klar, weshalb die GPK jetzt bereits einen Bericht vorlegt. Jean-Claude hat selber gesagt, dass noch wenig Fakten vorliegen. Eine hohe Fluktuationsrate ist immer mit einem hohen Knowhow-Verlust verbunden und das gilt es zu vermeiden. Wir begrüßen es, dass sich die GPK noch vertiefter mit dem Thema auseinandersetzt. Wir erlauben uns die Frage, ob man es eventuell extern anschauen könnte, um irgendwelche Betroffenheiten vollumfänglich ausschliessen zu können. Der Grund, weshalb der Bericht ein bisschen oberflächlich ist, liegt daran, dass die Betroffenen nicht interviewt wurden. Die Leute, die gegangen sind, müsste man interviewen, und auch die Leute, die jetzt auf der Gemeinde arbeiten. Diese Punkte hätten wir gerne nachgeholt von der GPK für den Folgebericht.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Da es erst ein Zwischenbericht ist, kann ich den Ausführungen meines Vorredners nicht ganz folgen. Die ganze Arbeit, welche hier als noch nicht gemacht moniert wurde, soll erst gemacht werden. Darum wurde dieser Zwischenbericht gemacht, damit der Einwohnerrat den offiziellen Auftrag dazu erteilt.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion bedankt sich für diesen Bericht und wird sich den Anträgen der GPK anschliessen, auch zu diesem Auswahlkatalog. Sie soll sich darauf konzentrieren und die anderen Sachen auf der Seite lassen.

Andreas Bammatter, Präsident: Wird eine abschnittsweise Beratung verlangt? Das ist nicht der Fall, dann stimmen wir über die Anträge ab.

Gestützt auf diese Ausführungen stellt die GPK folgende Anträge:

1. Vom Zwischenbericht der GPK betreffend die Personalwechsel in der Gemeindeverwaltung wird Kenntnis genommen.

://:

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Die GPK wird beauftragt folgende Punkte zu untersuchen bzw. abzuklären und dem Einwohnerrat Bericht zu erstatten:
 - Rekrutierungsprozess und tatsächlicher Ablauf der Stellenbesetzungen;
 - Anstellungsbedingungen insbesondere in Bezug auf Verantwortung und Kompetenzen;
 - Entwicklungsperspektiven für das Personal;
 - Personalplanung.

://:

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 19.11.2013,
betreffend Nachtragskredit für vormundschaftliche Massnahme
Geschäftsvertretung: GPK-Vizepräsident, Geschäft 4102A

Andreas Bammatter, Präsident: Jean-Claude Bourgnon verlässt jetzt das Plenum, weil er da geschäftlich betroffen war. Vizepräsident Philippe Hofmann wird das Geschäft vertreten. Ich bitte den Ratsweibel uns das Schreiben auszuteilen, welches uns von Johanna Schädel zugestellt wurde. Sie hat eine Richtigstellung zum Geschäft der GPK Allschwil verfasst. Sie ist ehemalige juristische Mitarbeiterin der Vormundschaftsbehörde Allschwil und bittet darum, dass wir dieses Schreiben dem Bericht beilegen.

Philippe Hofmann, GPK-Vizepräsident: Sie haben im Vorfeld diese persönliche Stellungnahme von Frau Schädel ausgeteilt erhalten und Sie hatten Zeit, diese zu lesen. Ich persönlich lasse dies kommentarlos im Raum stehen. Es ist eine subjektive Einzelaussage einer Einzelperson. Dass diese möglicherweise nicht ganz in den Kontext eines Gesamtberichtes passt, wo zehn Personen befragt wurden, liegt auf der Hand. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.
Ich hoffe, dass Sie meinen Bericht gelesen haben. Es ist nicht die Idee, dass ich Ihnen den Bericht nochmals vorlese. Sie haben bemerkt, dass es ein sehr komplexes Thema ist. Es gilt zu berücksichtigen, dass die GPK im Sozialwesen und besonders in der konkreten Arbeit der Sozialen Dienste nur eine marginale Ahnung hatte. Sie musste sich im Vorfeld tiefgründig einarbeiten. Das war nicht so einfach, wie wir gedacht haben. Wir haben uns dann entschieden, eine externe Hilfe beizuziehen. Wir haben diese dann in der Person von Christoph Häfeli gefunden, nach langer mühseliger Suche. Christoph Häfeli konnte uns hervorragend helfen und ist uns mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Er wusste auf alle Fragen eine Antwort, sowohl in juristischer Sicht als auch was die Soziale Arbeit betrifft. Mit diesem kleinen Rucksäckli hat sich die GPK in Form einer Subkommission, wir haben einen Dreier-Ausschuss gebildet aus Jacqueline Misslin, Florian Spiegel und mir als Leitung, in einem zweiten Teil unserer Arbeit einer Anhörung gewidmet. Wir haben die Leute der ehemaligen VB und Leute aus dem Sozialen Dienst befragt respektive angehört. Während dieser Anhörung sind zehn Personen während 45 Minuten aufgrund eines Fragenkataloges gebeten worden, uns Antworten zu geben zu den Vorfällen betreffend dem Nachtragskredit. Man hat bald bemerkt, dass es sehr schwierig werden wird, am Schluss einen Bericht zu verfassen, der nicht ellenlang ist,

subjektiv wird und einzelne Personen und Verschuldungen ins Zentrum stellt. Die Absicht der GPK war, nach den Prozessen zu schauen. Das war relativ schwierig, weil wir mit subjektiven Ansichten arbeiten und daraus eine objektive Ansicht gewinnen mussten. Wir haben es probiert, indem wir die Protokolle, die wir geschrieben haben, verglichen haben. Der Bericht, der hier vorliegt, basiert auf den Interviews. Zudem haben wir im Vorfeld ein Aktendossier ausgehändigt erhalten. Das war einerseits eine sehr grosse Hilfe, andererseits war es sehr befremdet, dass gewisse Teile gefehlt haben. Ich möchte niemandem Absicht unterstellen, das wäre sehr gravierend. Ich möchte festhalten, dass wir bei der Arbeit gemerkt haben, dass wir mit Aussagen konfrontiert wurden von Ehemaligen der VB oder der sozialen Dienste, welche nirgends belegt waren. Wir wussten nicht, ob diese Aussagen nachvollziehbar oder frei erfunden sind, weil das Dokument nicht da war. Die Zeit war nicht mehr da, wir mussten die Befragung zu einem späten Zeitpunkt durchführen, um noch mehr Dossiers einzufordern. Wir mussten mit diesem Material arbeiten, das wir hatten. Trotzdem hoffe ich, dass Sie mit diesem Bericht zufrieden sind, und dass Sie den Auftrag, den Sie der GPK im Dezember 2012 gegeben haben, als erfüllt anschauen. Noch ein paar abschliessende Worte zum Fazit des Berichts. Ein wichtiger Satz steht viel weiter oben, nämlich dass von Seiten VB keine Prozesse festgehalten wurden, welche eine ideale Abwicklung garantieren und regeln. Das zeigt, was vorhin angesprochen wurde zwischen dem Bericht 4162 und diesem, dass es hier Verquickungen geben wird. Es ist nicht nur eine Frage der VB, sondern von der Gemeinde allgemein. Aus diesem Bericht, der hier vorliegt, kann man departementsübergreifende Lehren ziehen oder sie wenigstens überprüfen, ob die Missstände, die wir hier aufdecken, überall berücksichtigt werden können. Es ist meiner Meinung nach unerlässlich, dass solche Prozessabläufe auf allen Stufen und in allen Departementen irgendwie vorliegen und festgeschrieben sind, gerade fehlende Notfallszenarien, wenn ein Fall nicht nach Schema F vorliegt. Es ist wichtig zu wissen, wer welche Kompetenzen, Rechte und Pflichten hat. Im Bericht kann man lesen, dass die Kommunikation zwischen den Sozialen Dienste und der VB erheblich gestört war. Kommunikation ist eine Frage der Umgangskultur im Hause. Wenn ich dies als GPK-Vizepräsident als Wunsch anbringen darf, dann möchte ich dies in diesem Zusammenhang unserer Gemeindeverwalterin ad interim, Frau Schaub, ans Herz legen darauf Wert zu legen. Es gibt sicher noch andere Baustellen, aber dies wäre wichtig. Kommunikation muss sicherstellen, dass man miteinander spricht und dass man auch verstanden hat, was man miteinander spricht. Dies fordert die GPK in aller Deutlichkeit. Schlussendlich bleibt der Blick in die Zukunft. VB ist Geschichte, KESB ist die Realität. Wir konnten den Medien mehrfach entnehmen, dass die Professionalisierung von KESB zum Teil eine massive Kostenerhöhung darstellt. Die Gemeinde Allschwil ist, wie im Bericht erwähnt, gut beraten mit der KESB Leimental eine Vereinbarung auszuarbeiten, welche erlaubt, dass sie über die Kosten in Kenntnis gesetzt werden, und dass ein guter Draht zu dieser Behörde besteht. Es ist auch eine Frage der Kommunikation. Es wird sich noch zeigen, dass es von massgeblicher Wichtigkeit ist, dass Allschwil zu KESB Leimental in jeder Hinsicht den guten Draht aktiv selber auch fordert, und auf allen Ebenen bestrebt ist, eine volle Kostenkontrolle zu haben, um die Kosten so tief wie möglich zu halten. So sollten wir in Zukunft solche böse Überraschungen vermeiden.

Andreas Bammatter, Präsident: Es bestehen keine Anträge, ich werde aber zum Schluss trotzdem der Form halber um Kenntnis bitten.

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion wollte vor einem Jahr, dass die GPK diesen Bericht macht. Dieser Bericht ist ausführlich und interessant zu lesen, was die GPK alles gemacht hat. Er ist sachlich fundiert mit viel Aussagekraft. Es zeigt die schwierige Situation, welche uns auch viel Geld gekostet hat. Wir wollten, dass man etwas lernt, damit es nicht mehr vorkommt. Als ich den Bericht gelesen habe, dachte ich, dass dies eingetroffen ist, das wird so nicht mehr passieren. Herzlichen Dank für diesen Bericht.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Die Vormundschaftsbehörde hat über all diese Jahre eine gute Arbeit geleistet. Der jetzige Bericht ist hier drin der einzige, den wir zur Kenntnisnahme haben. Auch von der kantonalen Aufsichtsstelle ist nichts bekannt, dass sie mit der Arbeit der VB nicht zufrieden waren. Die GPK hat sich mit einer sehr komplexen Situation und Fragestellung auseinandergesetzt, welche auch sie, wie wir gehört haben, an Grenzen gebracht hat. Es ist ein kurzer Blick in eine lange Geschichte von einer Person, welche seit Jahren verbeiständet ist. Es war zu einer Zeit, wo es die VB noch gab. Zum Zeitpunkt der Untersuchung war die VB bereits aufgelöst und es ging an die KESB. Da die VB nicht mehr bestanden hat, konnte sie nicht zeigen, welche Lehren sie aus dem Fall ziehen wird. Wir sind überzeugt, dass sich die VB-Mitglieder diese kritischen Fragen selber gestellt haben. Für die VB stand immer das Kindeswohl im Zentrum. Grundsätzlich ist eine Kostenabklärung eine Aufgabe der

Verwaltung vom Sozialdienst. Die Kommunikationsprobleme zwischen der Vormundschaftsbehörde und dem Sozialdienst haben mit dem Wechsel vom Hauptabteilungsleiter Soziale Dienste angefangen. Ich möchte darauf hinweisen, dass die VB die Aufsicht über den Bereich der Beistände hatte und nicht so, wie es im Bericht fälschlicherweise verstanden werden könnte, generell über die Sozialen Dienste. Der Bericht zeigt deutlich auf, wo Verbesserungen vorgenommen werden können und gibt Empfehlungen ab für die zukünftige Zusammenarbeit mit der KESB. Die FDP-Fraktion unterstützt diese Empfehlungen und verlangt vom Gemeinderat, dass diese umgesetzt werden.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe zwei Jacken an, einerseits als Fraktionssprecher der SVP und andererseits als Mitglied der Subkommission. Ich möchte trotzdem ein paar Punkte dazu sagen. Was mich ein bisschen befremdet hat bei der Vorrednerin, das sei die Situation der FDP und gewisse gemachte Aussagen. Ich kann es nachvollziehen, weil die FDP in der misslichen Lage ist, dass sie die Präsidentin der sogenannten Vormundschaftsbehörde gestellt hat. Ich möchte klarstellen, dass die Subkommission nie bei der VB untersucht hat, ob diese Platzierung richtig ist. Unsere Aufgabe waren die Abläufe und nicht das Beurteilen von etwas anderem. Die Lehren, die man daraus ziehen kann, sind eindeutig, das ist die Kommunikation. Es ist uns ein Anliegen, dass der Gemeinderat bei der Zusammenarbeit mit der KESB ein Auge darauf hält. Während der Untersuchung und auch privat von anderen Leuten haben wir erfahren, dass die Kommunikation mit KESB und der Gemeinde noch nicht so funktioniert, wie sie sollte, dies auch nach einem Jahr Anlaufzeit. Ich möchte Herrn Häfeli danken, der uns sehr gut beraten hat. Ich bin kein Freund vom Wort Koryphäe, weil es ein Wort ist, das zu oft gebraucht wird. Aber in diesem Fall darf man tatsächlich von einer Koryphäe sprechen. Er hat uns sehr gut beraten. Er ist die Fachperson, welcher die ganzen Bücher im Bereich Vormundschaftsbehörde und die ganzen Wegleitungen geschrieben hat. Das ist so, wie wenn sie den CEO der Roche erhalten. Und ich möchte Philippe Hofmann danken fürs Schreiben des Berichts, das ist meiner Meinung nach gut gelungen. Ich möchte nicht auf den Inhalt dieses zusätzlichen Schreibens eingehen. Ich meine, dass es nicht richtig ist, wenn man dies dem Bericht beilegt. Dann müsste man alle anderen Befragten anfragen, ob sie auch etwas haben, das sie beilegen möchten. Ich möchte gerne, dass das Einwohnerratsbüro abklärt, ob es juristisch überhaupt möglich ist, dass Aussenstehende zu irgendeinem Bericht nachträglich ein Schreiben einreichen und fordern, dass es beigelegt wird.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte zuerst der GPK und dem Vizepräsident für den Bericht danken. Er ist sehr aufschlussreich und zeigt auf, welche Probleme bestanden. Persönlich war ich immer ein bisschen skeptisch, ohne die Arbeit der Vormundschaftsbehörde kritisieren zu wollen, dass eine Behörde, welche sehr weitreichende Beschlüsse fasst - das Vormundschaftswesen fällt für die betroffenen Personen sehr einschneidende Beschlüsse -, dies nebenamtlich oder ehrenamtlich macht. Ich bin nicht unglücklich darüber, dass das Vormundschaftsrecht revidiert wurde und die Vormundschaftsbehörde durch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde abgelöst wurde. Und vor allem, dass das Zivilgesetzbuch es ausdrücklich vorsieht, dass es sich bei diesen Behörden um Fachbehörden handelt, also um Leute, die das hauptberuflich machen. Ich bin überzeugt, dass damit gewährleistet ist, dass solche Pannen, wie sie hier passiert sind, in Zukunft nicht mehr passieren.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Die GPK hat nur einen Teil des Ganzen angeschaut. Florian Spiegel war während einer gewissen Zeit auch in der Vormundschaftsbehörde, sie hatten schon ein bisschen ein Wissen dort drin. Wenn wir in die Zukunft schauen, dann kann ich nur soviel sagen, dass die Kommunikation heute noch, gelinde gesagt, eine Katastrophe ist. Wenn man nicht drückt und tobt und noch mehr Leute dazu bringt einem zu unterstützen, dann kommt man nirgends hin, das finde ich nicht schön. Ich könnte zwei Bundesordner mit Schriftverkehr hinlegen, es würde manchen hier drin schaudern. Ich habe zum Glück dort Unterstützung erhalten, und Herrn Häfeli hat es genauso gekehrt wie mich. Es ist dringend nötig, dass man auf die Kommunikation die Finger draufhebt. Ich wäre froh, wenn die GPK spätestens in einem Jahr schaut, ob es besser geworden ist oder nicht.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Es wurde schon viel gesagt, ich muss nicht mehr viel sagen. Als ich den Bericht gelesen habe, war ich beeindruckt von der Arbeit und der Klarheit. Ich hatte den Eindruck, dass die VB überfordert war. Das ist keine Verurteilung der VB, sondern es liegt im System. Es ist eine glückliche Fügung, dass es jetzt professioneller zu- und hergeht, indem es jetzt die KESB übernimmt.

Andreas Bammatter, Präsident: Damit wir dieses Geschäft abschliessen können, bitte ich Sie um Abstimmung, dass Sie den Bericht der GPK "Nachtragskredit für vormundschaftliche Massnahme" zur Kenntnis nehmen.

://:

Dieser Bericht wird zur Kenntnis genommen und abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Postulat von Julia Gosteli, Patrick Lautenschlager und Rita Urscheler, Grüne, vom 18.04.2012, betreffend Neuerwerbungen von Maschinen und Geräten
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 4069

Das Postulat wurde am Dienstag, 10. Dezember 2013, zurückgezogen

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Postulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 20.03.2013, betreffend Bedürfnis- und Umsetzungsabklärung im Bereich Palliativmedizin bzw. Palliative Care in der Gemeinde Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4132

Arnold Julier, Gemeinderat: Wir haben ein Postulat, welches bereits einmal hier drin war, wir haben schon darüber diskutiert. Es ist so, dass die schweizerische Konferenz der Gesundheitsdirektoren im 2010 eine nationale Strategie verabschiedet haben, mit der die Palliativpflege angebotserhoben wurde und bis 2012 kantonal umgesetzt werden sollte. Defizite sind zu definieren und Massnahmen vorzuschlagen. Die Umsetzung war in diesem Zeitraum nicht möglich, die Frist wurde bis 2015 verlängert. Der Bund hat die Aufgabe, wie üblich, dem Kanton gegeben. Wir hatten Glück, dass der Kanton es nicht uns gegeben hat. Baselland hat am 30. April 2013 eine Arbeitsgruppe eingesetzt zur Entwicklung eines kantonalen Palliativpflegekonzepts, wie das vom Bund verlangt wird. In Anbetracht dieser kantonalen Arbeitsgruppe ist es aus Sicht des Gemeinderates nicht sinnvoll, wenn wir ein gemeindeeigenes Konzept entwickeln. Wir möchten lieber den Bericht der Arbeitsgruppe des Kantons abwarten. Palliativpflege ist bereits ein Thema bei uns. Das AZB hat ein Konzept für ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Die Fragen, welche hier gestellt werden, kann ich Ihnen beantworten. Ich meine, dass ich dies das letzte Mal zum Teil schon beantwortet habe. Eine Frage heisst: Vergibt die Spitex in Allschwil Palliativpflege-Einsätze an Dritte? Die Spitex Allschwil vergibt diese Aufträge in nächster Zeit nicht mehr an Dritte, weil wir einen Zusammenschluss gemacht haben, Spitex Allschwil-Binningen-Schönenbuch. Hier haben wir das Ziel, dass wir die Angebote erweitern können, und das ist ein Teil des Angebots. Eine andere Frage ist: Sind bei der Spitex Allschwil Pflegefachleute in Palliativpflege ausgebildet? Ja, bei der Spitex Allschwil sind Pflegefachleute in Palliativpflege ausgebildet. Ist die Gemeinde bereit, die Palliativpflege als Kernaufgabe in die Leistungsvereinbarung mit der Spitex Allschwil aufzunehmen? Das ist klar, dazu sind wir bereit, die Palliativpflege als zusätzliche Kernaufgabe in die Leistungsvereinbarung zu integrieren. Durch den Zusammenschluss haben wir bessere Möglichkeiten solche Angebote zu erweitern. Aus den verschiedenen Aussagen oder hauptsächlich dadurch, dass der Kanton zuständig ist und dass diese Arbeitsgruppe eingesetzt ist, welche aktiv daran ist, ein Konzept auszuarbeiten, meinen wir, dass wir dies abwarten und kein eigenes Konzept jetzt erarbeiten sollten.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte Gemeinderat Arnold Julier danken. Ich möchte trotzdem die Gelegenheit benutzen, um hier drin Aufklärungsarbeit zu betreiben. Ich habe es Noldi im Juni schon gesagt. Palliativmedizin im Alterszentrum ist nicht das gleiche wie Palliativmedizin für schwerkranke Leute. Dass das Alterszentrum palliative Pflege anbietet bei älteren und kranken Menschen, dass wissen wir, auch bei Demenzkranken. Das macht nicht nur Allschwil, das machen alle Altersheime. Ich möchte zur Geschichte allgemein etwas sagen, diese Zeit sollten wir uns nehmen heute Abend und diese Zeit darf ich mir nehmen. Es ist richtig, dass die Gesundheitsdirektorinnen und –direktoren 2008 eine Gruppe gebildet hat, welche die ganze Palliativcare abgeklärt hat. Bereits im 2008 hat Pia Fankhauser, SP-Landrätin, ein Postulat eingereicht im Kanton, wo sie nachgefragt hat, wie Baselland dazu steht. Die erste Runde, wo die nationale Palliativ-Strategie abgehandelt hat, war der Auftrag an die Kantone, dass sie Bedürfnisabklärungen machen und schauen, was schon vorhanden ist und was gemacht werden muss. Seit 2011 gibt es einen eidgenössisch anerkannten Abschluss bei der Pflegefachstufe in Palliativcare. Im 2011 habe ich mich mit dem Kanton Basel-Stadt in Verbindung gesetzt. Ich befasse mich seit 2007 mit Palliativmedizin. Ich hatte damals Herrn von Almen am Telefon und habe ihn gefragt, wie das in Basel-Stadt und Baselland ist. Er hat gesagt, dass es ein Trauerspiel ist. Baselland hat ihm die Auskunft erteilt, dass Baselland kein Geld hätte, um eine gemeinsame Sache zu unternehmen. Im Oktober 2011 gab es von Palliativ Schweiz einen Kongress in Biel. Da habe ich viele Leute von Baselland angetroffen. Herr von Almen, der in Basel-Stadt für Palliativcare zuständig ist, hat erzählt, dass Baselland noch nirgends ist in diesem Bereich. Nein, das war im 2012. Ich habe aufgrund von dem mein erstes Postulat eingereicht. Mir war bewusst, dass man gewisse Sachen nicht kombinieren kann und habe freiwillig mein Postulat zurückgezogen. Ich fand, dass man es auf diesem Weg, wie ich es jetzt eingereicht habe, in den Einwohnerrat bringen kann. Im November 2012, das ist ein Jahr her und das Postulat von Pia Fankhauser lag immer noch in einer unteren Schublade damals, hat die Spitex Baselland mit den Alterszentren-Direktoren ein Manifest gemacht, welches sie seinerzeit Herrn Zwick einreichen wollten. Man hat es dann einer Stellvertreterin eingereicht, damit endlich etwas geht. Man musste quasi fast Druck ausüben, damit Baselland überhaupt etwas macht. Es freut mich zu hören, dass im April eine solche Arbeitsgruppe eingesetzt wurde. Ich hoffe, sie tagt streng. Jetzt komme ich zu meinen Ausführungen. Man muss wissen, dass Palliativcare nichts mit Exit zu tun hat. Die Gemeinde Allschwil hat es sich gross auf die Fahne geschrieben in ihrem Alterskonzept, "in Würde alt werden". Es sollte auf dieser Fahne auch Platz haben für "in Würde sterben". In der Junisitzung hat uns Gemeinderat Arnold Julier erzählt, dass unser Alterszentrum bereits Palliativcare anbietet und einsetzt. Das ist richtig, ich bin im Kontakt mit dem Alterszentrum in Allschwil. Nicht nur hier, sondern in den meisten Altersheimen werden ältere Menschen, welche Schmerzen haben, und Demenzkranke palliativ betreut. Manchmal bin ich ein bisschen enttäuscht, dass man ein solches Thema schnell abtut und dem Kanton zuschiebt. Andere Gemeinden sind bereits aktiv in gewissen Unternehmungen. Es braucht Mut sich mit dem Tod auseinanderzusetzen. Wenn wir uns mit dem vorliegenden Postulat befassen, dann ist es so. Fast alle Menschen stecken das Thema weit weg, weil Palliativcare nicht nur mit älteren Menschen oder Demenzkranken zu tun hat, sondern es geht darum, dass Menschen im Terminal- oder Final-Stadium gern in ihrer gewohnten Umgebung zuhause und möglichst ohne Schmerzen bleiben möchten und bei ihrem Partner oder ihren Kindern einschlafen können. Ich gebe kurz wieder, was in der Strategie steht: Palliativcare umfasst die Betreuung und Behandlung von Menschen mit unheilbaren lebensbedrohlichen und/oder chronisch fortschreitenden Krankheiten. Sie beugt Leiden und Komplikationen vor und beinhaltet medizinische Behandlungen, pflegerische Interventionen sowie psychologische, soziale und spirituelle Unterstützung.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir müssen nachher darüber abstimmen, ob wir dieses Postulat überweisen. Bitte begründen Sie, weshalb wir dieses Postulat überweisen sollen. Wir sollten langsam zu einem Schluss kommen, Sie konnten schon relativ ausführlich alles schildern.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Danke fürs Abstellen. Schreite nur zur Abstimmung.

Andreas Bammatter, Präsident: Nein, ich wollte Sie bitten zu begründen, weshalb Sie das Postulat überweisen möchten. Sie haben relativ ausführlich berichtet. Ich wollte Sie nicht abstellen, aber ich muss drücken (Anmerkung der Redaktion; Mikrofonknopf), damit ich reden kann.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Es ist gut. Wir stimmen ab.

Andreas Bammatter, Präsident: Es gibt keine Abstimmung, wir sind bei der Rednerliste.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich selber kenne solche Fälle. Meine Schwester arbeitet in der Stadt da. Wir von der SP werden dies unterstützen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte mich kurz fassen. Wir haben es von der Vorrednerin gehört, dass in Baselland ein Bedürfnis besteht nach Palliativmedizin, und dass diese Bedürfnisse nicht alle abgedeckt sind. Wir haben zwar namentlich in Allschwil eine gewisse Abdeckung im Altersbereich. Aber wir wissen, dass nicht nur alte Leute sterben sondern auch junge, und dort ist es nicht abgedeckt. Der Kanton scheint etwas zu machen. Es wäre trotzdem sinnvoll, wenn die Gemeinde schaut, ob es gewisse Bereiche gibt, welche in Allschwil nicht abgedeckt sind. Wenn wir dann hören, dass im Kanton alles abgedeckt ist, dann umso besser. Es kostet am Ende nichts, wir möchten nur abklären und keine weiteren Forderungen stellen. Ich mache beliebt, dass wir dies annehmen.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Der letzte Lebensabschnitt und das Thema Tod sind vermehrt ins Bewusstsein von uns Menschen gerückt. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass es prinzipiell jeder Person frei stehen sollte zu entscheiden, wo sie ihre letzte Lebensphase verbringen möchte. Eine offene Frage von uns ist nur, wie von der Postulantin verlangt, ob der kommunale Weg der richtige Ansatz ist. Wir halten ein Postulat für zu aufwändig, wir würden eine Interpellation befürworten.

Pascale Uccella-Klauser, SVP-Fraktion: Ich habe dies leider selber mitgemacht, als mein Sohn gestorben ist. Ich habe Hilfe erhalten, ich habe Hilfe von der Spitex erhalten. Ich wurde nicht alleine gelassen, das möchte ich hier mitteilen.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Wir von der EVP/Grüne-Fraktion unterstützen dieses Postulat und zwar auch unter dem Aspekt, dass wir damit rechnen müssen, das sieht man auch in den Zahlen, dass der Altersanteil der Bevölkerungspyramide immer breiter wird. Wir müssen uns damit befassen, dass immer mehr Menschen pflegebedürftig werden. Ich selber bin noch nicht so alt, aber ich bin auch fast schon pflegebedürftig. Ich weiss, wie wichtig es ist, wenn ich zuhause bleiben kann so lange wie möglich.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich kann mich dem Votum von Frau Uccella anschliessen. Ich war auch in dieser Situation und damals war die volle Unterstützung des Spitals, des Hausarztes und von der Spitex Allschwil-Schönenbuch da. Ich bin davon überzeugt, dass die Hausärzte sehr genau wissen, wo die Bedürfnisse sind und dass diese Informationen an die, welche es brauchen, aktiv herangetragen werden, ohne dass sie danach fragen müssen.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Es geht letztlich um etwas sehr Wichtiges wie die Würde von Menschen, welche im Sterben liegen. Das sind nicht nur Betagte. In diesem Zusammenhang habe ich Mühe, das Argument, in welcher Kompetenz es liegt, ob es eine kommunale Sache ist, wo man näher bei den Menschen ist, oder eine kantonale Kompetenz, nachzuvollziehen. Ich bitte Sie, diesem Postulat zuzustimmen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Sie haben hier drin aktuelle Fälle gehört. Ich habe Mühe, wenn gesagt wird, dass wir nichts tun für das Alter. Wir sitzen jeden Monat mit dem Altersheim und der Spitex zusammen. Das enttäuscht mich ein bisschen. Wir wenden viel Zeit auf, andere auch, und dann heisst es immer, dass wir nichts machen. Das enttäuscht mich schon, wenn man viel Freizeit opfert für solche Sachen und am Schluss heisst es, dass man nichts macht. Ich bin nicht der einzige, der sich

hier engagiert, da sind auch viele andere. Sie haben es gehört, die Spitex ist da und sie machen das. Man kann nicht sagen, dass man nichts macht.

Andreas Bammatter, Präsident: Susan Vogt hat die Postulantin gefragt, ob man es in eine Interpellation umwandeln möchte.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich sage nein, ich lasse das Postulat. Ich möchte aber trotzdem noch ein paar Worte sagen. Noldi, wir stellen nicht immer eure Arbeit in Frage oder mindern diese. Wir kämpfen für etwas und das ist legitim. Ihr dürft euch wehren, das ist auch legitim. Ich möchte zwei kleine Sachen noch sagen, weshalb ich so darauf tendiert habe, dass die Spitex schaut, dass sie ausgebildete Leute haben. In der Palliativmedizin verteilt man nicht nach Rezept Schmerzmitteln. Eine Pflegefrau in der Palliativmedizin muss Schmerzmanagement lernen. Das sind komplexe Gebiete und sie kann danach Schmerzmittel geben, damit ein Mensch wirklich in Würde sterben darf. Ich möchte noch etwas anderes mit auf den Weg geben. Die Fallpauschalen, welche die Spitäler und Krankenkassen noch nicht so lange ins Leben gerufen haben, werden auch die Krebskranken tangieren. Wenn diese dann in der Onkologie zwischendurch Behandlungen machen müssen, sind sie auf sich selber gestellt. Auch bei denen wird die Fallpauschale zum Tragen kommen. Im Kanton Baselland hat es in allen Spitälern 12 Betten für palliativkranke Leute, und in Basel sind es 37 Betten. Dies möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir stimmen über die Überweisung des Postulats ab.

://:

Das Postulat wird mit 14 Ja- zu 9 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 22.04.2013, betreffend
Wohnen für alle – Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4137

Christoph Morat, Gemeinderat: Es wurde in dieser Sitzung, die am Dienstag angefangen hat und weiterging, viel von Verantwortung geredet, dass der Gemeinderat Hausaufgaben hat und ein Ziel verfolgen soll. In der Ablehnung von diesem Postulat zeigt sich, dass der Gemeinderat seine Verantwortung wahrnimmt und seine Strategien weiterverfolgt und die gezeichneten Grundstücke als Gegenfinanzierung für das neue Schulhaus, diese riesige Investition, in die Wagschale wirft. Der Antrag lautet ganz genau: „Prüft bei jeder Nutzungsänderung gemeindeeigener Flächen“, das kann nur mit einem Quartierplan erfolgen, wenn man eine Nutzungsänderung von gemeindeeigenen Flächen vornimmt. Dort, wo jetzt öffentliche Werke sind, kann man nur bauen, wenn man den Quartierplan über dieses Gebiet legt. Es handelt sich aber nicht um wahnsinnig viele Gebiete, die hier in Frage kämen, genauer eigentlich nur um das Bettenackerareal und das Sturzeneggerareal und gegebenenfalls die Wegmatten. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man gescheit abwägen muss, wo man Geld braucht als Gegenfinanzierung, und wo es sinnvoll ist Land zu behalten und mit Baurechtszinsen etwas für die laufende Rechnung zu machen. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Immobilienstrategie, welche wir im Gemeinderat haben, im Moment stimmt und dass die wenigen Grundstücke, um die es geht, nach unserem Dafürhalten richtig geplant und verplant werden. Ich bitte Sie darum dieses Postulat nicht zu überweisen. Diese Forderungen, die hier gestellt werden, können wir auf ganz wenigen Parzellen in Allschwil, welche noch frei sind oder wo etwas geplant ist, wie zum Beispiel die Wegmatten, überlegen. Aber eine generelle Überprüfung von Bevorzugung von nur einer Form von Investor lehnt der Gemeinderat ab.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Es gibt auch noch andere Verantwortungen als die finanzielle, und um die geht es. Es ist ja nicht so, dass es kein Geld gibt, wenn man es dem preisgünstigen Wohnbau überlässt. Allschwil besitzt nur noch ganz wenig Bauland. Das Bauland will der Gemeinderat veräussern, das soll er auch können. Aber er soll auch Wohnbauträger damit beschäftigen. Er soll einen Mindestanteil des Baulandes, der noch zur Verfügung steht, gemeinnützigen Wohnbauträgern überlassen. Das ist die letzte Gelegenheit, die wir in Allschwil haben, um preisgünstigen Wohnbau der Bevölkerung anzubieten, vor allem an junge Familien und Familien mit mittleren Einkommen. Ich erinnere Sie an den Armutsbericht von Susan Vogt, welche gesagt hat, dass man schauen muss, dass Armut nicht entsteht. Mit preisgünstigem Wohnungsbau kann man Armutsprävention einleiten. Man kann Armut verhindern, das ist ein Nebeneffekt von dieser Bauweise. Die Studien zeigen, dass die Mieten von gemeinnützigen Wohnbauten 15% bis 20% tiefer sind als der Marktdurchschnitt. Wir müssen in den nächsten Jahren erwarten, dass die Mietzinspreise um 27% erhöht werden. Es ist dringlich, dass wir preisgünstigen Wohnbau anbieten an diese Leute, die ich erwähnt habe. Die Gemeinde muss nicht viel verlieren, sie erhält Baurechtszinsen, welche stetig die laufende Rechnung einspeisen. Es ist nicht so, dass hier ein grosses Opfer geleistet werden muss. Die Befürchtung, dass der Schuldenberg von Allschwil die sozialen Belange torpediert, darf nicht sein. Es darf nicht sein, dass wir, weil wir kein Geld haben, soziale Belange nicht mehr berücksichtigen. Das meine ich mit Verantwortung. Dass der Vorstoss keine Unmöglichkeit darstellt, zeigt die Gemeinde Reinach, welche per Inserat Bauland für Genossenschaften zur Verfügung stellt. Da können wir uns ein Beispiel an anderen Gemeinden nehmen. Die SP Allschwil fordert den Gemeinderat auf, bei jeder Nutzungsänderung von gemeindeeigener Fläche einen Mindestanteil an gemeinnützige Wohnbauträger im Baurecht zur Verfügung zu stellen. Das ist unser Postulat und unser Wunsch.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Für die FDP-Fraktion ist dieses Postulat eine Einschränkung in den freien Markt. Wir sind gegen solche regulierende Eingriffe. Wirtschaftlich gesehen provozieren wir mit diesem Postulat eher das Gegenteil, das hilft auch gegen die Armut nicht. Der Postulant behauptet zu Recht, dass eine Genossenschaft nicht gewinnorientiert ist und deswegen günstigen Wohnraum anbieten kann. Aber eine Genossenschaft ist per Definition eine Selbsthilfeorganisation und kann per se keine Unterstützung vom Staat erwarten. Wir lehnen deshalb das Postulat klar ab.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Wir von der EVP/Grüne-Fraktion unterstützen dieses Postulat. Es darf nicht sein, dass wegen dem teuren Schulhaus der eh schon viel zu knappe Wohnraum für Genossenschaften und Sozialen Wohnungsbau noch viel kleiner werden soll, indem gar nichts mehr dafür reserviert wird in Zukunft.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Wir haben in Allschwil ein paar wenige Genossenschaften, zum Beispiel Metzgersmatten, günstige Wohnungen, toller Umschwung, für Kinder ein Paradies und verkehrsgeschützt. Wenn wir schon von Zukunft reden, dann wissen wir alle, dass in den Wohngenossenschaften die Leute sesshaft sind. Man kann mit diesen Leuten eine Zukunft planen, nicht nur die Steuereinnahmen, sondern auch die Vereine. Wer so wohnt, bleibt eher als in einer Wohnung für CHF 2500 oder mehr. Das sind Fluchtwohnungen. Und das hier sind Wohn-Wohnungen und ganz sicher keine Selbsthilfegruppenwohnungen. Habe ich Recht Evelyne? Merci.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Dort, wo die freie Marktwirtschaft versagt, und das ist beim preisgünstigen Wohnbau so, muss der Staat Unterstützung leisten. Hier wäre eine Gelegenheit dazu.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Eine Genossenschaft bietet billigen Wohnbau an, weil sie nicht gewinnorientiert ist. Das bedeutet nicht, dass sie selber darauf angewiesen ist zu Sonderkonditionen ein Grundstück zu erhalten. Zum Beispiel die Genossenschaft Sommergasse haben einen ganz normalen Vertrag, den sie erfüllen, damit haben sie kein Problem. Zum Land im Baurecht wegen den Zinsen möchte ich sagen, dass ein Baurechtsvertrag über 99 Jahre läuft. Bei den heutigen Zinsen, welche bezahlt werden auf diesem Rekordtief, bleibt dies hoffentlich nicht so lange. Wir würden für unsere künftigen Generationen ein ziemliches Ei legen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion lehnen das Postulat ebenfalls ab. Wir schauen es als unzulässigen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit an. Die Bundesverfassung garantiert die Wirtschaftsfreiheit.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir stimmen jetzt ab.

://:

Das Postulat wird mit 13 Ja- zu 17 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung nicht überwiesen.

PAUSE

Andreas Bammatter, Präsident: Nach meinem „weihnachtlichen Geläute“ kommen wir jetzt zum Infofenster des Gemeinderates.

INFO-FENSTER

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich möchte Sie nur informieren, dass der Gemeinderat der Glückskette für die geschädigten auf den Philippinen wegen des Taifun Haiyan CHF 10'000 gespendet hat. So können wir sie unterstützen in der Bewältigung dieser Situation. Das haben wir vor der Spardebatte gemacht, ich weiss nicht, ob dies im nächsten Jahr so weitergeht. Wir haben CHF 10'000 nach Visperterminen für das Altersheim, welches sie aufbauen und zu wenig Geld haben, gespendet. Wir machen das jedes Jahr, Patengemeinschaft für Berggemeinden, in diesem Jahr ist es Visperterminen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Auch ich habe etwas zum Berichten, es geht um das neue Schulhaus. Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 4. Dezember das Bauprojekt genehmigt und somit die Phase 32 nach SIA abgeschlossen. Er hat das Baugesuch eingegeben. Diejenigen, welche bereits an der Binningerstrasse oder am Lettenweg vorbeigefahren sind, haben gesehen, dass es jetzt Stangen dort hat. Diese stehen bis ungefähr Ende Januar. In der Zwischenzeit werden diverse Pakete geführt für die Vergaben. Wir sind eng ans Submissionsgesetz gebunden und wir arbeiten mit der kantonalen Submissionsstelle zusammen. Wir werden bis im Mai die ersten zwei bis drei Pakete Baumeisterarbeiten, Aushub, Haustechnik, vergeben, Fassaden wahrscheinlich auch bereits. Wir erwarten, dass wir am 30. Juni den Spatenstich respektive den Baubeginn haben. Wir sind von den Terminen her sehr eng und ich bin sehr froh, dass wir heute Abend durch das Postulat nicht gebremst werden. Wir sind immer noch guten Mutes, dass wir die Termine einhalten können. Es ist eine sehr enge und strenge Phase für alle am Projekt Beteiligten. Weiter sind wir auch guten Mutes, dass wir finanziell auf dem richtigen Weg sind. Wir haben auch dort zwei bis drei Projektänderungen seit dem Vorprojekt realisiert. Wir liegen nach wie vor innerhalb der Reserven, die heilige Zahl wird nicht angetastet im Augenblick. Bezüglich der Qualität gab es ein paar Änderungen. Wir haben die Tagesschule ein bisschen anders gestaltet. Es wird eher auf Gruppenebene etwas gebildet. Wir haben auf der Aulaseite gewisse Änderungen vorgenommen, sodass auch dort von der Qualität her eindeutig eine bessere Lösung vorliegt. Das sind die Informationen zum Schulhausprojekt.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe eine Frage zum Schulhausprojekt. Es ist mir aufgefallen, dass in der BAZ und in der BZ heute das Schulhaus gross abgebildet ist. Es ist nicht mehr diese Fassade zu erwarten, die dort abgebildet ist. Ich hätte gerne, dass du das auch noch informierst.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das Projekt entwickelt sich weiter. Die Fassade, welche im ursprünglichen Projekt war, hat eine chromatisierte Stahlrohrfassade vorgesehen. Das Chromatisieren ist so nicht möglich, weil es dem schweizerischen Umweltschutzgesetz zuwider läuft. Die Planer und Architekten sind daran, eine Lösung zu finden, damit wir dieser Fassade, so wie sie ursprünglich im Projekt war, nahe kommen. Es wird nicht die genau gleiche Fassade sein. Wir haben auch in der Konsultativkommission darüber diskutiert. Die Einflüsse aus der Konsultativkommission sind zum Planer geflossen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ist es richtig, dass die Bilder, welche die Medien haben, nicht mehr stimmen?

Andreas Bammatter, Präsident: Herr Keller, jetzt muss ich Sie unterbrechen, wir haben keine Fragestunde. Formulieren Sie Ihre Fragen und stellen Sie diese in der Fragestunde. Das Infofenster ist nun beendet.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Postulat von Franz Vogt, Evelyne Roth, Kurt Kneier, Philippe Hofmann, Rolf Adam, Philippe Adam, Stephan Wolf und Peter Brack, CVP-Fraktion, vom 22.05.2013, betreffend Veloweg Oberwilerstrasse Langholz bis Allschwil Dorf
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4143

Robert Vogt, Gemeinderat: Beim Veloweg von Oberwil nach Allschwil handelt es sich um ein lang ersehntes Projekt für uns. Ich möchte Ihnen kurz vorstellen, wie die Arbeiten vorangehen. Wir haben auf dem Situationsplan den ersten Abschnitt, der vom Gymnasium Oberwil zur Eigene Scholle, zu den Pflanzlandgärten führt, abgebildet. Dort ist der erste Abschnitt im Bau für den Veloweg in Richtung Allschwil. Sie sehen auf dem Plan, dass der Veloweg entlang der Oberwilerstrasse geführt wird, weil sich das als günstige Route erwiesen hat. Die weitere Etappe wird von der Eigene Scholle aus in Richtung Spitzwaldrestaurant geführt und soll weiterhin an der Oberwilerstrasse entlang gehen. Bei der dritten Etappe, welche vom Restaurant Spitzwald nach Allschwil Dorf geht, ist die Wegführung noch nicht sicher. Dort greift das Postulat an. Die Postulanten verfolgen genau die Stossrichtung, welche die Gemeinde bereits beim Kanton eingebracht hat. Wir suchen eine Wegführung, welche auf der Seite vom Holleeweg in Allschwil in Richtung Dorf runtergeht. Die Lösung wird wahrscheinlich nicht auf der Seite des Himmelreichweges sein. Weil das eine typische Exekutivaufgabe ist, einen Veloweg zu führen, und weil sogar einer der Postulanten neu im Gemeinderat sitzt, können Sie eigentlich darauf vertrauen, dass es in die richtige Richtung gelenkt wird. Das Postulat von der CVP ist unnötig, wir bitten Sie, dies nicht zu überweisen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir nehmen sehr erfreut zur Kenntnis, dass der Gemeinderat beabsichtigt, die gleiche Wegführung zu verfolgen, wie wir das mit unserem Postulat fordern. Wie vorhin von Gemeinderat Vogt gesagt wurde, wird es wahrscheinlich so sein, aber sicher ist es noch nicht. Auch wenn der Gemeinderat das gleiche Ziel verfolgt wie wir, schadet es nichts, wenn wir das Postulat trotzdem überweisen, um dem noch mehr Nachdruck zu verleihen. Wenn wir das Postulat nicht überweisen würden, dann könnte es ein Zeichen in die falsche Richtung sein. Wir möchten das vermeiden und bitten darum den Einwohnerrat das Postulat zu überweisen.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich darf grad selber das Wort ergreifen für die FDP-Fraktion: Ich kann das, was Herr Wolf gesagt hat, voll unterstützen. Der Druck mit dem Postulat ist gut und so kann der Veloweg in die richtige Richtung gehen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Glauben Sie mir, dass ich dem Gemeinderat glaube? Wir tun das und sind nicht für Überweisen.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Postulat wird grossmehrheitlich nicht überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 11

Postulat von Ruedy Breitenstein und Christoph Benz, Grüne,
vom 13.06.2013, betreffend Ergänzung der Bänke beim Allschwiler Weiher
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4144

Robert Vogt, Gemeinderat: Danke, dass Sie mir Gelegenheit geben, um zu diesem Postulat Stellung zu nehmen. Auf dem Areal Allschwiler Weiher wird ein Bau geplant. Dort soll eine Wohnüberbauung entstehen. Mit dieser Wohnüberbauung wird auch die Umgebung stark beeinflusst. Unter anderem soll der Zugang zum Allschwiler Weiher, welcher mit einer Hecke gut abgeschildert ist, geöffnet werden. Aus diesem Grund wird sich die Bänkli-Situation entlang diesem Weiher massiv verändern, aber in einer guten Richtung. Es wird zum Gewässer hin aufgewertet. Aus diesem Grund sehe ich keine Veranlassung, dieses Postulat entgegenzunehmen. Wir müssen davon ausgehen, dass dies in wenigen Jahren wieder rückgängig gemacht werden muss. Bitte überweisen Sie das nicht.

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion: Das tönt jetzt gut, aber wann ist das so? Was heisst in ein paar Jahren? In 2, 5 oder 10 Jahren? Das kann lange gehen. Zwei Bänkli kann man auch wieder wegnehmen, das ist kein Problem. Wir haben vorgestern viel vom Sparen geredet. Wenn man sparen möchte, dann kann man es dem Förster sagen, er soll drei Bänkli aus Halbstämmen machen, dann kostet es noch weniger. Das wäre auch gut. Das Geld ist hier hoffentlich nicht das Problem. Es hat dort ganz wenig Platz zum sitzen und ich möchte diesen Antrag beibehalten.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Nur kurz als Bürgerrat eine Aufklärung. Der Förster arbeitet nicht gratis. Und die Bänklis aus Halbstämmen zu machen, ist teurer als die Variante, nur über den Daumen geschätzt. Wenn das dann noch heimisches Holz sein soll, na ja, lassen wir das.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir stimmen über dieses Postulat ab.

://:

Das Postulat wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Wenn ich auf die Uhr schaue, dann sehe ich, dass wir heute in einer sehr guten Zeit durchgekommen sind. Es freut mich sehr, das ist ein Weihnachtsgeschenk für das Büro, dass wir die Traktandenliste sauber durchgebracht haben. Ich bedanke mich sehr herzlich dafür. Ich durfte auch mit meinen Bürokolleginnen und -kollegen feststellen, dass es hier ab und zu turbulent zugeht. Ich möchte den Dank auch an Anita und Hugo Gloor weitergeben. Ich habe ein paar Pralinen mitgebracht, sie sind für uns Gold wert.

Ausnahmsweise erweitere ich diesen Kreis noch. Ich habe gesagt, dass es ab und zu turbulent zugeht. Wir haben auch treue Gäste auf Seite der Medien, sie sind die einzigen, die noch da sind. Der Rest im Zuschauerraum hat sich verzogen, vielleicht liegt es an der Weihnachtszeit. Auch ihnen habe ich ein kleines Päckli mitgebracht. Es soll keine Bestechung sein, sondern ein Dank für die sachliche und objektive Berichterstattung. Ich hoffe, das geht auch so weiter.

Ich wünsche Ihnen schöne Weihnachten und einen flotten Übergang ins neue Jahr. Wir haben uns für das Budget entschieden und so können wir alle am Neujahrsapéro aufs neue Jahr anstossen. Ich wünsche Ihnen einen gefreuten Abend.

ENDE